

***Wer zerstört die Streitkräfte?***

*Die Bundeswehr unter der Fuchtel eines Boulevardpolitikers*

Memorandum N° 16

Nach immerhin einjähriger Arbeit, kam die sogenannte Weizsäcker-Kommission 2000 in ihrer „Studie über gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ zu dem Schluss, dass ca. 240.000 Soldaten notwendig seien, um Deutschlands Sicherheit und seine Bündnisverpflichtungen zu gewährleisten. Seitdem infolge der generösen Bankenunterstützung unter Ausschaltung sämtlicher marktwirtschaftlicher Sanktionsmechanismen Dr. Schäuble für die Bundeswehr den Finanznotstand ausgerufen hat, weiß es der anpassungsfähige junge Verteidigungsminister besser: Er meint, dass mit ca. 180.000 Soldaten Deutschlands Sicherheit und seine Bündnisverpflichtungen ebenso gut garantiert werden können.

Die Frage, „Welche Streitkräfte für welche Einsätze?“, ist längst durch fiskalische Not beiseitegedrängt worden. Nun kommt es darauf an, an welchen Stellschraubchen gedreht werden kann, um die von Dr. Schäuble vorgegebenen Einsparvolumina zu erreichen. Dass hierbei das Auge auf die Wehrpflicht fällt, liegt nahe. Denn diese ist längst zu einem Luxus geworden. Sie bringt militärisch nichts, weil die Wehrpflichtigen weder zum Einsatz ausgebildet, noch durch Wehrübungen bei der Stange gehalten werden. Sie kostet nur Ausbildungspersonal in der Bundeswehr während der Wehrdienstzeit und Wehrverwaltungsressourcen in der Betreuung. Bezeichnend ist nur, dass der Spross einer bayerischen Adelsfamilie es geschafft hat, jene heilige bundesrepublikanische Kuh zu schlachten, die Trittin & Co. zur Bedienung ihrer politischen Klientel jahrelang vergeblich versucht haben, ins Schlachthaus zu führen. Das nennt man eine Notschlachtung.

Die verteidigungspolitischen Maßstäbe der gegenwärtigen Koalition mögen dem sicherheitspolitischen Beobachter unheimlich vorkommen: Die Frage, was für Deutschlands Sicherheit und die Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen notwendig ist, wird ausschließlich danach entschieden, wie viele finanzielle Ressourcen Herr Schäuble - ein an der europäischen Währungsfront Gescheiterterer - dieser nationalen Aufgabe bereit ist, zur Verfügung zu stellen.

Die seit März einsetzende Diskussion über die Priorisierung von Rüstungsvorhaben ist nicht etwa begleitet worden von Überlegungen unter Leitung des Generalinspektors über die Priorisierung

von Einsatzfähigkeiten. Der junge Minister und sein mit dem Titel des Generalinspektors ausgerüsteter Sekundant, General Wieker, wollen es besser wissen.

Eigentlich müssten Guttenberg & Co. Beifall bei der Linken finden. Was hier als Jahrhundertreform mit dem Applaus der Bild-Zeitung und dem journalistischem Geläut durch ein Mitglied der Familie des Herzogs von Bayern verkündet wird, müsste Gysi und Lafontaine schmecken. Deutschland schafft nämlich seine verteidigungspolitische Potenz ab. Denn die verbleibenden Soll-Stärken, insbesondere in Heer und Marine, erlauben es überhaupt nicht länger, innerhalb der Nato als ernster Partner angesehen zu werden. Was sind das für Streitkräfte mit einem Heer zwischen vier bis sechs Brigaden? Was ist das für eine Marine, die trotz des Konzeptes der „ausgewogenen Flotte“ in keinem der Schiffs- und Bootsegmente über eine kritische Betriebsgröße verfügt? Währenddessen tritt der Minister hochtrabend auf und will mit lässiger Geste den Weg in die Zukunft zeigen. Wer ihm weiter folgt, wird die Folgen erst merken, wenn der Abgrund naht! Währenddessen schreibt die couragierte Abgeordnete der FDP, Elke Hoff, ein interessantes Diskussionspapier über die „Bundeswehr der Zukunft“. Hierin wird mit viel Sachkenntnis und dem ehrlichen Bemühen um die Verteidigung sicherheitspolitischer Anforderungen der personalpolitische Reformbedarf mit den fiskalischen Zwängen in Einklang gebracht<sup>1</sup>.

Minister zu Guttenberg wird von der Presse überwiegend für seine Durchsetzungskraft gelobt. Die Boulevard-Presse feiert ihn (und seine Gattin) wie einen König. Diese mediale Wirkung darf nicht vergessen machen, dass es dem großen Reformen, als den er sich sieht, bisher nicht gelungen ist, zu problematisieren, dass

- die für die 250.000 Mann Bundeswehr geplante Absenkung des nicht-militärischen Personals von 100.000 auf 76.200 bisher nicht gelungen ist und auch die bisherige Bundeswehr sich hartnäckig einen zivilen Overhead von 98.000 Zivilbeschäftigten leistet,

---

<sup>1</sup> Vgl. insbesondere S. 19 f.

- eine Bundeswehr mit 180.000 Soldaten nicht einmal 76.200 Zivilbeschäftigte benötigt, sondern höchstens 40.000-50.000.<sup>2</sup> Auch diese Zahl scheint hoch gegriffen zu sein, wenn man berücksichtigt, dass mit dem Wegfall der Wehrpflicht die administrativ aufwendigen Aufgaben der Kreiswehrrersatz- und der Musterungsbehörden gänzlich entfallen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich zu Guttenberg dieser Beamten-Pfründe nicht annehmen will oder zumindest den Mut hat, das Zahlenverhältnis von zivilem und militärischem Personal zu thematisieren. Bei dieser Gelegenheit könnte er auch die überkommene Trennung von Bedarfsträger und Bedarfsdecker überwinden.<sup>3</sup> Sollte indes der Minister für Verteidigung die fiskalischen Vorteile einer Reduktion des zivilen Personals nicht erkennen oder unter dem Einfluss der Bonn-Lobby nicht erkennen wollen, wäre der Rechnungshof gefordert.

Doch der hat bisher nicht einmal bemerkt, dass die Bundeswehr 824 Spitzensportler „beschäftigt“. Die dafür anzusetzenden EUR 30 Mio. könnten sinnvoller eingesetzt werden. Aber dies scheint Minister zu Guttenberg wenig zu kümmern, weil anderenfalls die ihm zugetane Bild-Zeitung über weniger „deutsche Siege“ im Spitzensport zu berichten hätte.

---

<sup>2</sup> So auch der Vorschlag der Strukturkommission Bundeswehr, 4.10.2010.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Das Prinzip ökonomischer Äquivalenz und der Primat der Politik - Zur Reform der Rüstungsbeschaffung aus finanzwissenschaftlich staatsrechtlicher Sicht, IVSG-Schriftenreihe N°6.